

## Für zukunftsfähiges Landesspital

**Der Parteivorstand der VU empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, ein klares Ja zum Verpflichtungskredit für einen Neubau des Landesspitals auf dem Wille-Areal in die Urne zu werfen.**



Günther Fritz  
Parteipräsident

Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Am 24. November stellen Sie die Weichen für die künftigen Perspektiven des Landesspitals. Der VU-Parteivorstand hat sich am 24. Oktober nach intensiven Diskussionen mit 91 Prozent der anwesenden Vorstandsmitglieder für eine eindeutige Ja-Parole ausgesprochen.

### Nein verbaut Zukunftsfähigkeit

Ein Nein zum Neubaukredit würde zwar nicht die Schliessung des Landesspitals bedeuten, doch würden sich die strukturellen Rahmenbedingungen und damit die Attraktivität des liechtensteinischen Landesspitals für die Patienten, Besucher und insbesondere für die 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten Jahren weiter verschlechtern.

Auch wenn Millionen in das 40 Jahre alte Gebäude für Sanierungen und Renovationen investiert werden müssten, würden die heutigen Räumlichkeiten sich weiterhin nicht für optimale und effiziente Betriebsabläufe eignen und dadurch unnötige Kosten verursachen.



Die VU empfiehlt bei der Abstimmung ein Ja.

Foto: Daniel Schwendener

Das aus den Unabhängigen bestehende Nein-Komitee und die Freie Liste sprechen sich zwar grundsätzlich für ein eigenes Landesspital aus, sagten jedoch im 2011 Nein zu einem Neubau, sagen heute Nein zu einem Neubau und werden auch in 10 Jahren noch Nein zu einem Neubau sagen, weil ihnen die klar definierte Strategie und das Leistungsangebot des Landesspitals einfach nicht passen oder weil sie eigentlich gar kein eigenes Landesspital wollen.

### Ja zu eigener Grundversorgung

Die VU bekennt sich klar zu einer eigenstaatlichen Grundversorgung und damit für ein starkes und leistungsfähiges Landesspital. Für eine stationäre und ambulante Grundversorgung braucht es eine gut funktionierende Chirurgie, eine gut funktionierende Innere Medizin und eine gut funktionierende Anästhesie, damit ein 24/7-Notfalldienst betrieben werden

kann und die häufigen und einfachen Fälle selbst therapiert werden können. Und für die schwierigen Fälle braucht es die vertikale Kooperation mit einem Zentrums-spital. Das ist mit dem Zentrums-spitalpartner in Chur im Rücken heute schon das Betriebskonzept in Vaduz und wird es auch in Zukunft bleiben. Wenn nun die Gegner behaupten, man wisse nicht, was in der neuen Hülle angeboten werden soll, dann stimmt dies einfach nicht. Nur weil sie die Sinnhaftigkeit der im Jahr 2012 erarbeiteten Eignerstrategie und des neu konzipierten Leistungsangebots im Hybridsystem mit festangestellten Spitalärzten und Belegärzten hinterfragen, bedeutet das noch lange nicht, dass es kein klares Betriebskonzept gibt.

### Ja zur Konkurrenzfähigkeit

Wenn sich Liechtenstein als souveräner Staat erlaubt, den Grundversorgungsauftrag in einem

eigenen Akutspital selbst zu erfüllen, ist automatisch eine gewisse Konkurrenzsituation gegenüber Grabs gegeben. Diese Konkurrenzierung ist jedoch insofern beschränkt, dass das Landesspital den Neubau mit 43 Einzelzimmern auf 50 Prozent der relevanten stationären Fälle ausgerichtet hat und geradezu darauf angewiesen ist, dass die anderen 50 Prozent der liechtensteinischen Patienten sich für Grabs oder anderswo entscheiden. Die Wahlfreiheit wird auch in Zukunft vollends gegeben sein.

### Ja zur Handlungsfähigkeit

Bei Wahlfreiheit ist aber nach wie vor die Qualität der angebotenen medizinischen Dienstleistungen das entscheidende Kriterium. Dafür braucht es nicht nur gute Ärzte und gutes Pflegepersonal, sondern auch eine den modernen Betriebsanforderungen gerecht werdende Infrastruktur. Deshalb geben Sie dem Landesspital und seinen 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Chance für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung in der Grundversorgung auf Augenhöhe mit anderen Regionalspitälern und sagen Sie Ja zum Neubaukredit. Stimmen Sie mit Ja, damit wir uns eine bessere Verhandlungsposition in Tarifforderungen sichern und weiterhin einen versorgungstechnischen und volkswirtschaftlichen Nutzen stiften können! Stimmen Sie mit Ja, damit sich Liechtenstein auch künftig seine Handlungsfähigkeit bewahren kann! ■

### Aufgefallen

#### Achtung: Selbstbedienung

Die Freie Liste ist bekannt dafür, dass sie mit Steuergeldern grosszügig umgeht. Als vorgezogenes Wahlgeschick wollte sie die Lohnerhöhung für das Staatspersonal grosszügig auf 2 Prozent verdoppeln. Der Argumentation der Freien Liste folgte neben den Weissen am Ende nur der ebenfalls weiss angehauchte Wendelin Lampert, der ja selbst als Leiter der Fachstelle Öffentliches Auftragswesen (FAW) auch zum Staatspersonal gehört. ■

### Unabhängige Medien?

Thomas Rehak von den DpL machte sich – obwohl der Antrag jeder gesetzlichen Grundlage entbehrte – für eine direkte Subvention des Privatsenders 1FLTV mit 110 000 Franken stark. Er ignorierte damit die Tatsache, dass 1FLTV bereits Medienförderung auf Grundlage des Medienförderungsgesetzes kassiert. «Manchmal wünschte ich mir, Sie wären nicht nur die gesetzgebende Gewalt, sondern auch die gesetzlesende», fasste Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch passend zusammen. ■

### Budgetdebatte wurde zur Wahlkampfplattform

Die Opposition tat sich in der Budgetdebatte besonders durch willkürliche und unpraktikable Kürzungs- und Erhöhungsanträge hervor. So forderte Johannes Kaiser Lohnerhöhungen für die Lehrer. Solche hat die Regierung gestaffelt vorgesehen, Kaiser wollte sie per 1.1.2020 einführen. Beim Beitrag an den Liechtensteinischen Rundfunk stellte Erich Hasler (DpL) den Antrag, den Staatsbeitrag von 2,33 Millionen Franken auf 2,2 Millionen zu kürzen. Er begründete dies mit der mangelnden Qualität des Senders – während die Qualität des Privat-Fernsehsenders 1FLTV bei den DpL offenbar weniger zu reden gibt (s. oben). Auch dieser Antrag scheiterte klar. Die Bemühungen einiger Oppositioneller bekräftigen den Eindruck, dass es der Opposition, zu der sich gelegentlich auch Alexander Batliner von der FBP gesellt, nicht um seriöse Politik und unser Land, sondern um Eigenwerbung und billigen Populismus geht. ■

## Untere Einkommen vom Druck entlastet

**Nach gut einem Jahr Vorlaufzeit setzte sich die VU-Initiative zur Ausweitung der Prämienverbilligung für den Mittelstand durch. Dabei erwies sich die FBP leider nicht als verlässlicher Partner.**

Das stach den Gesundheitsexperten der FBP, Mauro Pedrazzini und Wendelin Lampert, wohl mitten in ihren Stolz. Vor einer Woche publizierte ihre Partei die Medienmitteilung, dass die FBP die Prämienverbilligungsinitiative der VU unterstütze. Darum publizierte die beiden am selben Tag, als der Vorstoss in zweiter Lesung behandelt wurde, eine eigene Version. Sie kostete circa gleich viel und stellte einen Kompromiss zwischen der Initiative der VU und des parteifreien, ehemaligen Parteikollegen der beiden, Johannes Kaiser, dar. Die Änderung erhöht die Subventionsätze der ganz unteren Einkommen, die teilweise auch schon von anderen Sozialleistungen profitieren. Im Gegenzug wird aber einer breiten Mittelschicht nicht im gleichen Umfang geholfen, wie

dies im VU-Verstetigungsmodell vorgesehen gewesen wäre.

### Falsches Spiel der FBP

Die ansonsten mit Ideenlosigkeit glänzende Fraktion der FBP sprang auf die Änderung von Lampert dankbar auf. Den Trick mit den fremden Federn beherrscht die FBP eben perfekt. So versucht sie immer wieder, Ideen der politischen Konkurrenz im Nachhinein für sich zu reklamieren. So konnte ausgerechnet Wendelin Lampert, der ansonsten dafür bekannt ist, mit allen möglichen Parteien im Land zu stimmen, bloss möglichst selten mit der FBP, sich in dieser Sache zum Fraktionssprecher mausern. Dabei war der eigentliche Fraktionssprecher der FBP, Daniel Oehry, der VU im Wort. Um dem Koalitionspartner eins auszuwi-

schen, scheint den Schwarzen jedes Mittel – sogar Wortbruch – recht zu sein, wie diese Episode eindrücklich zeigte.

### Bemühungen weiterführen

Am Ende geht es aber um das positive Ergebnis für die Betroffenen: Ab Oktober 2020 können rund 3000 Menschen mehr als bisher auf Basis ihrer Steuerveranlagung für das Jahr 2019 Anspruch auf Prämienverbilligung stellen und bis maximal 2940 Franken pro Jahr einsparen. Mit dem VU-Vorstoss zur Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags sinken die Prämien der meisten Versicherten. Mit ihrer Zustimmung zur abgeänderten Initiative in der Schlussabstimmung zeigte die VU deutlich, dass es ihr um die Entlastung der Menschen geht und nicht darum, wer die Initiative erfunden

hat. Das heisst aber nicht, dass alle Probleme rund um das Thema Einkommensschwäche in Liechtenstein gelöst sind: Unter schwarzer Führung des Gesellschaftsministeriums steigt das Ausmass der wirtschaftlichen Sozialhilfe stetig. Die Integration von Sozialhilfebezügern ins Arbeitsleben beschert dem Staat Mühe. Und die Gemeinden bezahlen hier mit, ohne wesentliche Einflüsse auf die Behebung dieser Probleme zu haben.

Durch solche Initiativen, wie sie von der VU und Johannes Kaiser ergriffen wurden, kann die ärgste Not mit dem Einsatz von Steuergeld gelindert werden, die Suche nach nachhaltigen strukturellen Lösungen und Hilfe zur Selbsthilfe muss aber weitergehen, um auf lange Sicht Geld zu sparen. ■

Michael Winkler

### Wussten Sie, dass ...

• ... Thomas Rehak (DpL) für eine Kletterhalle, aber gegen die neue Sportförderung und eine Dreifachturnhalle im Schulzentrum Unterland ist? Ausserdem sorgt er sich um die Arbeitsbedingungen bei der Post, setzt sich aber mit Kürzungsanträgen gegen die Gewerkschaft LANV ein. ■

• ... der Landtagspräsident und Alt-Sportlehrer Albert Frick am Mittwoch die Feier zum 75-Jahr-Jubiläum der Eidg. Fachhochschule für Sport in Magglingen dem Landtag vorzog, während Sportminister Daniel Risch die Einladung ausschlug, um dem Landtag Rede und Antwort zu stehen? ■